

Gronau 10.04.2024

## **Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion des Landtags NRW mit der Drs. 18/7196:**

### **„Selbstverständnis ‚Demokratie‘ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten.“**

Die Sorgen um den Bestand und den Erhalt der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland durchziehen in den letzten Jahren mit zunehmender Vehemenz zahlreiche Veröffentlichungen in Presse, Zeitschriften und Büchern, in öffentlichen Diskussionsrunden und in den Wortmeldungen auf den verschiedenen Internetportalen. Sprunghaft zugenommen und sich ausgeweitet auf breite Bevölkerungsteile hat diese sorgenvolle Stimmung besonders während der bisher unvorstellbaren Grundrechtseinschränkungen durch die Bundesregierung und die Landesregierungen in der Zeit von März 2020 bis März 2023.

Unter dem Vorwand, eine Pandemiesituation bekämpfen zu müssen, um damit Todesfälle in Millionenhöhe<sup>1</sup> und die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, wurden unter anderem Schulen, Gaststätten, Theater, Freizeitparks, Spielplätze, Sportstätten, Kultureinrichtungen und Kirchen für eine lange Zeit geschlossen<sup>2</sup>. In den Krankenhäusern wurden dringend notwendige Behandlungen verschoben und notwendige Untersuchungen nicht durchgeführt, um angeblich Plätze für Covid-19-Erkrankte zu sichern. Verbunden wurden diese Schließungsmaßnahmen mit Besuchsverboten von Freundes- und Familienkreisen sowie von Patienten in Krankenhäusern und Angehörigen in Alten- und Pflegeheimen. Gleichzeitig wurde das Tragen von Masken im öffentlichen Raum vorgeschrieben sowie das anlasslose Testen mit dem PCR-Test für die Teilhabe an öffentlichen Veranstaltungen oder für die Ausübung beruflicher Tätigkeiten.

<sup>1</sup> Im Strategiepapier des Innenministeriums (Kerberpapier) entwerfen die Experten drei Szenarien zur Verbreitung des Coronavirus, inklusive der jeweils zu erwartenden Todeszahlen: den „worst case“ (mit einer Million Todesfällen in Deutschland im Jahr 2020), das Szenario „Dehnung“ (220.000 Tote) sowie „Hammer and Dance“ (12.000 Tote)

[https://ichbinanderemeinung.de/internes-papier-des-bmi/?utm\\_source=mailpoet&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=lothar%40hirneise.de&fbclid=IwAR1-v9XsbEVaV1sMin\\_Csd8onrZspOvUauTl8YT2x1jF2ZK\\_NdErheXJuR8](https://ichbinanderemeinung.de/internes-papier-des-bmi/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=lothar%40hirneise.de&fbclid=IwAR1-v9XsbEVaV1sMin_Csd8onrZspOvUauTl8YT2x1jF2ZK_NdErheXJuR8)

<sup>2</sup> <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus>

All diese Maßnahmen verursachten große wirtschaftliche Schäden für die deutsche Wirtschaft insgesamt und zerstörten zahlreiche wirtschaftliche Existenzen. Sie führten zu traumatisierenden Erlebnissen und zu unmenschlichen Situationen bei Millionen von Bundesbürgern. Beispielfhaft seien nur die Qualen der Millionen Schüler erwähnt,  
25 die zum Teil über sechs Stunden lang ihr Gesicht hinter einer Maske verbergen mussten und deren kardiopulmonales System über Monate hinweg einer großen Belastung ausgesetzt war. Empörend auch die Tatsache, dass Sterbende ohne den Beistand ihrer Angehörigen aus dem Leben schieden in aller bedrückenden Einsamkeit, die ihnen die Landesregierungen vorschrieb und die durch willige und eilfertige Vollstrecker in  
30 Heimleitung und Krankenhausleitung kompromisslos durchgesetzt wurde.

Schon damals, seit April 2020, regte sich massiver Widerspruch zu den von den Regierungen angeordneten massiven Grundrechtseinschränkungen. Beispielfhaft zu nennen wäre hier das Gutachten zur Risikoeinschätzung aus dem Innenministerium von April, Mai 2020, das ein Oberregierungsrat mit Unterstützung zahlreicher Fachleute angefertigt und an die entsprechenden Ministerien weitergeleitet hatte. Das Fazit dieses Gutachtens lautete: *„Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, dass es sich – bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft – um mehr als um einen Fehllalarm handelt. Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung (Vergleichsgröße ist das übliche Sterbegeschehen in DEU). ... Die Gefährlichkeit von Covid-19 wurde überschätzt. (innerhalb eines Vierteljahres weltweit nicht mehr als 250.000 Todesfälle mit Covid-19, gegenüber 1,5 Mio. Toten während der Influenzawelle 2017/18)... Dieses Analyseergebnis ist von KM 4 auf wissenschaftliche Plausibilität überprüft worden und widerspricht im Wesentlichen nicht den vom RKI vorgelegten  
40 Daten und Risikobewertungen.“<sup>3</sup>*

Darüber hinaus meldeten sich zur selben Zeit zahlreiche Virologen und Epidemiologen aus dem In- und Ausland zu Wort, welche den in den Medien beschriebenen Angstszenerarien widersprachen und die von den Regierungen getroffenen Maßnahmen als unverhältnismäßig scharf kritisierten. Mit der am 04. Oktober 2020 von den  
50 Erstunterzeichnern herausgegebenen Great Barrington Declaration<sup>4</sup>, später dann von tausenden hochrangigen Mediziner, Virologen, Epidemiologen und Fachärzten aller Fachrichtungen unterzeichnet, wurden die Regierungen aller Länder davor gewarnt,

---

<sup>3</sup> <https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/exklusiv-auf-te-ein-vorwurf-koennte-lauten-der-staat-hat-sich-in-der-coronakrise-als-einer-der-groessten-fake-news-produzenten-erwiesen/>

Auswertungsbericht des Referats KM 4 (BMI) Coronakrise 2020 aus Sicht des Schutzes Kritischer Infrastrukturen Auswertung der bisherigen Bewältigungsstrategie und Handlungsempfehlungen KM 4 – 51000/29 #2 25. April 2020/ 7. Mai 2020 Version: 2.0.1

[https://ichbinanderermeinung.de/internes-papier-des-bmi/?utm\\_source=mailpoet&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=lothar%40hirneise.de&fbclid=IwAR1-v9XsbEVaV1sMin\\_Csd8onrZspOvUauTl8YT2x1jF2ZK\\_NdErheXJuR8](https://ichbinanderermeinung.de/internes-papier-des-bmi/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=lothar%40hirneise.de&fbclid=IwAR1-v9XsbEVaV1sMin_Csd8onrZspOvUauTl8YT2x1jF2ZK_NdErheXJuR8)

<sup>4</sup> <https://gbdeclaration.org/die-great-barrington-declaration/>

die massiven Grundrechtseinschränkungen aufrecht zu erhalten, da letztere zu schweren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Schäden führen würden.

55 Anzuführen wären noch Eingaben von Ärzteverbänden und Ärzten an die Ministerien, die schädlichen und nutzlosen Grundrechtseinschränkungen aufzuheben. Am 19. September 2021 veröffentlichte Jesse Smith auf der Seite „Truth Unmuted“ seine Widerlegung der herkömmlichen Falschinformationen zur Covid-19-Erkrankung „Destroying the Narrative: 40 Reasons Why a COVID-19 Pandemic Never Existed“<sup>5</sup>.

60 Aufgrund dieser Fachexpertisen, die im Internet einzusehen waren, aufgrund einer offenkundigen Absurdität der Verordnungen sowie ihrer Widersprüchlichkeit kamen immer mehr Bürger zu der Überzeugung, dass die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen eine Covid-19 Erkrankung nicht nur überflüssig, ungeeignet und völlig unverhältnismäßig waren, sondern im Gegensatz zur vorgeblichen Absicht den Menschen und dem Gemeinwesen schwersten Schaden zufügten. So wehrten sich immer mehr Bürger gegen die Maßnahmen und leisteten Widerstand. Gegen die Grundrechtseinschränkungen fanden Großdemonstrationen statt, und in vielen Orten Deutschlands protestierten regelmäßig Menschen mit ihren Montagsspaziergängen

65 Menschen und dem Gemeinwesen schwersten Schaden zufügten. So wehrten sich immer mehr Bürger gegen die Maßnahmen und leisteten Widerstand. Gegen die Grundrechtseinschränkungen fanden Großdemonstrationen statt, und in vielen Orten Deutschlands protestierten regelmäßig Menschen mit ihren Montagsspaziergängen gegen die Regierungsverordnungen. In den Parlamenten waren es einzig Redner der AfD-Fraktionen, die die unterdrückten wissenschaftlichen Expertisen hochrangiger Wissenschaftler mit ihren Anträgen in die Parlamente einbrachten und auf deren Grundlage die Aufhebung der Coronamaßnahmen forderten.

70 Gegen all diese Wissenschaftler, Erklärungen und Anträge, gegen die Demonstranten und gegen die Protagonisten des Protestes wurde in den Medien und im Netz massiv vorgegangen mit Verleumdungen, mit Herabwürdigungen und den bekannten Etikettierungen der Kritiker wie „Nazi“, „Antisemit“, „Coronaleugner“, „Rechtsextremist“, „Reichsbürger“, „Aluhutträger“, „Verschwörungstheoretiker“, „Schwurbler“. Plötzlich war auch der vormals ehrenwerte Begriff „Querdenker“ zu einem Schimpfwort geworden. Prominente Gegner der Coronamaßnahmen wurden in besonderer Weise

75 in den öffentlichen Sendern angegriffen und vorgeführt. Erinnerung sei nur an den Fußballspieler Kimmich und an die 50 Künstler, die sich erlaubt hatten, eine Satire auf die zum Teil absurden Verbote in Zusammenhang mit der sogenannten Pandemiebekämpfung in das Netz zu stellen. Der Oberregierungsrat, der das Gutachten zur Risikoeinschätzung aus dem Innenministerium zu verantworten hatte, wurde vom Dienst

80 suspendiert, das Gutachten zu einer privaten Meinungsäußerung erklärt.

85

---

<sup>5</sup> <https://truthunmuted.org/40-reasons-why-a-covid-19-pandemic-never-existed-part-1/>  
und: <https://kanenazori.com/wp-content/uploads/2021/11/5757229-1.pdf>

Begleitet wurde dieser Diffamierungsrundumschlag durch zahlreiche Schmähungen gegenüber denen, die sich für den Erhalt der Grundrechte einsetzten. Beispielhaft für die Diffamierung der Great Barrington Declaration etwa sei nur auf die Einträge auf der Seite „Volksverpetzer und bei „Wikipedia“ hingewiesen, die immer noch bei der Herabwürdigung der Deklaration bleiben, obwohl die Protokolle des RKI längst be-  
90 weisen, dass die Wissenschaftler, die diese Deklaration aufgesetzt und unterzeichnet hatten, vollkommen Recht gehabt haben.<sup>6</sup>

Das Drehbuch für die Weigerung, den öffentlichen Diskurs über die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen die Covid-19-Krankheit zuzulassen, war unter ande-  
95 rem das im Innenministerium entwickelte Strategiepapier des Staatssekretärs Markus Kerber<sup>7</sup>, in dem ausdrücklich die Erzeugung von Angst und Panik mit Hilfe von maßlosen Übertreibungen über die Gefährlichkeit der Covid-19-Infektion als Strategie an-  
geraten wurde. Und mit dieser Zielsetzung wurden alle Gegner der Covid-19-Maßnahmen mit aller verbalen und physischen Härte angegangen und niedergemacht.  
100 Symbolisch dafür die zum Teil überharten Einsätze von Polizeikräften auch gegen ältere Demonstranten. Schlimm dann die Aufrufe gegen diejenigen, die sich den nicht erprobten mRNA-Stoff nicht spritzen lassen wollten. „*Wer sich nicht impfen lässt, ist ein asozialer Trittbrettfahrer*“ (Eckart von Hirschhausen) „*Tyrannie der Ungeimpften*“; „*Ungeimpfte brauchen nun Peitsche statt Zuckerbrot*“ (Frank Ulrich Montgomery).<sup>8</sup> Äußerun-

105 gen dieser Art sind von hochrangigen Politikern und prominenten Vertretern aus Kunst, Wissenschaft, Medien und Gesellschaft tausendfach gemacht und eben auch dokumentiert worden.<sup>9</sup> Den Tenor all dieser Schmähungen gegen diejenigen, die selbstbestimmt über ihre Gesundheit bestimmen wollten, enthält wohl die Aussage des FDP-Mitglieds Rainer Stinner: „*Kein Impfgegner wird wie ein Staatsfeind behandelt. Er darf nur, hoffentlich bald, nicht mehr unter die Leute gehen, weil er ein gefährlicher **Sozial-***  
110 *schädling* ist. Aber er hat die Freiheit, sich nicht impfen zu lassen. Aber er hat nicht die Freiheit, mich zu gefährden.“<sup>10</sup>

Die Ereignisse um die Coronakrise werden hier deshalb so ausführlich ausgeführt, weil sie in besonderer Weise jedem verdeutlicht, wie sehr die Exekutive von Bund und  
115 Land sämtliche Sicherungen einer demokratischen Staatsform ausgeschaltet hat. Die

---

<sup>6</sup> <https://www.volksverpetzer.de/corona-faktencheck/fake-namen-great-barrington/>  
<https://de.wikipedia.org/wiki/Great-Barrington-Erkl%C3%A4rung>

<sup>7</sup> Vom 19. bis 22. März 2020 verfasste eine von Staatssekretär Markus Kerber zusammengebrachte informelle Gruppe von Wissenschaftlern (Ökonomen, Soziologen und Chinaforscher) binnen vier Tagen für das deutsche Innenministerium (BMI) ein Papier mit dem Titel „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“. BY Thorsten Benner DATE 05 May 2021 PUBLISHED BY Cicero Magazin; und: <https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/default/files/media/documents/2020-04/bmi-corona-strategiepapier.pdf>

<sup>8</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=RfsXbDRikqY>

<sup>9</sup> Ich-habe-mitgemacht... Das Archiv des Corona-Unrechts, Kontrafunk Edition 2. Auflage. Herausgeber: Burkhard Müller-Ullrich Paperback, 550 Seiten; ISBN 978-3-9525739-0-7

<sup>10</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=RfsXbDRikqY>

Exekutive von Bund und Ländern diktierte die Grundrechtseinschränkungen, die sie in verfassungsmäßig gar nicht vorgesehenen Runden der Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzleramt beschloss. Die Parlamente von Bund und den Ländern wurden lediglich als nachvollziehende Legislative erst später mit der Verabschiedung der Infektionsschutzgesetze einbezogen. Die Medien nahmen ihre Aufgabe, die Regierenden zu kontrollieren, nicht wahr, sondern verkündeten Regierungsmeinungen als alleinige Wahrheit. Kritiker erhielten in den öffentlichen Diskussionsrunden keine Stimme. Ethikrat und Stiko folgten brav den Vorgaben des Bundeskanzleramtes und machten sich zu deren Büttel. Die Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht bestätigten mit ihren Urteilen die Grundrechtseinschränkungen, weil sie lediglich prüften, inwiefern die Beschlusslage mit der vom RKI verkündeten Sachstand bei der Bekämpfung der Covid-19-Erkrankung übereinstimmte. Richter, die aufgrund eigener Sachverständiger zu anderen Urteilen kamen und durch die Schulschließungen und den Maskenzwang das Kindeswohl gefährdet sahen, wurden mit Hausdurchsuchungen überzogen, verklagt und verurteilt.<sup>11</sup> Der Verfassungsschutz erfand den Begriff der „Delegitimierung des Staates“ für kritische und widerständige Meinungsäußerungen gegen die zum Teil absurd begründeten staatlichen Grundrechtseinschränkungen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger machten die Erfahrung, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem Regierungshandeln mit einem Risiko, zum Teil sehr hohem Risiko verbunden war. Insofern haben die Vorgänge um die Coronakrise für einen riesigen Vertrauensverlust gegenüber den politisch Handelnden geführt und zu großen Sorgen um den Bestand unserer Demokratie.

Dass nun mit der Veröffentlichung der RKI-Protokolle<sup>12</sup> das gesamte Ausmaß der unbegründeten autoritären Übergriffigkeit der Exekutive deutlich wird, dass die RKI-Protokolle nun belegen, dass die Kritiker der Grundrechtseinschränkungen vollkommen Recht hatten, dass hier offensichtlich gegen die wissenschaftliche Expertise sachfremd aus politischen Gründen massive Freiheitseinschränkungen getroffen und Übertretungen hart verfolgt wurden, bestätigt nur noch die Sorge der breiten Bevölkerung, dass sie damals der Willkür einzelner ausgeliefert waren und ein wichtiger Teil ihrer demokratischen Rechte für diese Zeit beseitigt worden sind.

---

<sup>11</sup><https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/weimarer-familienrichter-anklage-rechtsbeugung-einschaetzung/>  
<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/lq-erfurt-familienrichter-weimar-corona-ma%C3%9Fnahmen-schule-rechtsbeugung-bewaehrungsstrafe>

<sup>12</sup>[https://www.rki.de/DE/Content/Kommissionen/STIKO/Protokolle/protokolle\\_node.html](https://www.rki.de/DE/Content/Kommissionen/STIKO/Protokolle/protokolle_node.html); <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/rki-protokolle-corona-klagen-100.html>; Christoph Lütge, der 2021 aus dem Bayerischen Ethikrat abberufen wurde, nachdem er sich kritisch über die Corona-Maßnahmen geäußert hatte, teilte der NZZ mit, die veröffentlichten Protokolle offenbarten Überlegungen der Behörde, von denen vorher behauptet wurde, das wären Verschwörungstheorien. Nun wisse man, dass selbst das RKI Zweifel an Impfstoffen, Lockdowns und Maskenpflicht gehabt habe.<sup>[10]</sup> (<https://de.wikipedia.org/wiki/RKI-Protokolle>)

In einem Artikel der Welt unter der Schlagzeile: „SPD-Politiker schlägt Amnestie für Verstöße gegen Corona-Regeln vor“<sup>13</sup> äußert sich der Leser Christoph J. So so, „eine Entschuldigung wäre nicht angebracht“. Deutlicher kann man nicht ausdrücken, dass man den eigentlichen Souverän bloß als lästiges Stimmvieh betrachtet, dass gefälligst dankbar dafür zu sein hat, dass es man es reichlich mit reichlich sinnlosen Regeln bedenkt. Und was das „Lernen“ angeht, das uns angeblich „als Gesellschaft während der Pandemie“ gelungen sein soll: Ja, ich habe etwas gelernt. Vorher bin ich überzeugt gewesen, dass bei uns der Rechtsstaat ein bemerkenswert hohes Niveau erreicht hat und dass man auf Basis unserer Verfassung, die schließlich umfassende einklagbare Grundrechte für den Bürger vorsieht, grundsätzlich Vertrauen in den Staat haben kann. Diese Überzeugung hat die Coronapolitik des Bundes und der Länder, die ich in Teilen für eindeutig verfassungswidrig halte, nachhaltig zerstört. Dass gerade unsere Gesundheitsminister sich dann auch noch als Paradebeispiele für mustergültiges Scheitern in Serie präsentierten, war eigentlich nur noch das Sahnehäubchen. Und wenn man jetzt im Nachhinein sogar noch schwarz auf weiß den Beweis geliefert bekommt, dass es für all diese Maßnahmen eben nicht wie immer wieder behauptet eine eindeutig belegte wissenschaftliche Basis gegeben hat, sondern dass man einfach nur Gegenmeinungen sehr effektiv unterdrückt hat, um Folgsamkeit beim Bürger herzustellen, dann frage ich mich, wer eigentlich der Politik noch irgendwas glauben soll. Man hat hier ganz ungeniert das Vertrauen des Bürgers massivst missbraucht - und hält jetzt „eine Entschuldigung nicht für angebracht“. Wobei - lasst stecken. Irgendwelche Entschuldigungsfloskeln würde Euch ja auch keiner mehr abnehmen. Wer seinen Mangel an persönlicher Integrität und Vertrauenswürdigkeit so nachhaltig bewiesen hat, der ist für mich eh ein für alle Mal unten durch.

Dieser Lesebriefschreiber gibt die Meinung und Haltung wieder, die mittlerweile in weiten Bevölkerungskreisen zu finden sind.

Weitere Nahrung erfährt diese Haltung auch durch den Umgang mit Kritikern, welche andere grundlegende Probleme des Landes ansprechen. Von Seiten der Regierenden und dem meinungsbeeinflussenden Leitmedien wurden bereits seit vielen Jahren Kritiker der Euro- und der Europapolitik Deutschlands als Europafeinde und Rechtsextremisten bezeichnet und in Verbindung mit dem verbrecherischen Regime des Nationalsozialismus gebracht. Die gleichen Verleumdungs- und Diffamierungsattacken wurden gegen die Kritiker der unkontrollierten Einwanderung, gegen die Kritiker der sogenannten Energiewende und der sogenannten Klimarettung, gegen die Kritiker, welche die verfassungsfeindlichen Umtriebe von islamistischen Gruppen anprangerten, und gegen diejenigen geritten, welche in dem übergriffigen Handeln der Regierenden staatsstreichähnliche Vorgehensweisen zu entdecken glaubten. Es wird durchaus die

---

<sup>13</sup> [https://www.welt.de/politik/deutschland/article250917056/SPD-Politiker-Michael-Mueller-schlaegt-Amnestie-fuer-Verstoesse-gegen-Corona-Regeln-vor.html?source=puerto-reco-2\\_ABC-V38.1.C\\_35%25plusquota\\_intower](https://www.welt.de/politik/deutschland/article250917056/SPD-Politiker-Michael-Mueller-schlaegt-Amnestie-fuer-Verstoesse-gegen-Corona-Regeln-vor.html?source=puerto-reco-2_ABC-V38.1.C_35%25plusquota_intower)

Meinung vertreten, dass die Situation in Deutschland im Jahre 2024 doch in frappierender Weise dem Zustand ähnelt, den Alexis de Tocqueville in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts in den USA beobachtet hat:

185 *„Ich kenne kein Land, in dem im allgemeinen weniger geistige Unabhängigkeit und wirkliche Diskussionsfreiheit herrscht als in Amerika.“ ...*

190 *„In Amerika zieht die Mehrheit einen drohenden Kreis um das Denken. Innerhalb dieser Grenzen ist der Schriftsteller frei; aber wehe, wenn er sie zu überschreiten wagt! Er hat zwar kein Autodafe (Bücher- oder Ketzerverbrennung) zu fürchten, aber er ist allen erdenklichen Unannehmlichkeiten und täglichen Nachstellungen ausgesetzt. Die politische Laufbahn ist ihm verschlossen; er hat die einzige Gewalt, die sie ihm eröffnen könnte, beleidigt. Man versagt ihm alles, selbst den Ruhm. Ehe er seine Ansichten veröffentlichte, glaubte er, Anhänger zu haben; nun er sich allen entdeckt hat, besitzt er, so scheint es ihm, keinen mehr; denn wer ihn ablehnt, bringt das öffentlich zum Ausdruck, und wer denkt wie er, ohne so mutig zu sein, schweigt und entfernt sich.“<sup>14</sup>*

195 In solch einem gesellschaftlichen Klima wäre ein Antrag sehr zu begrüßen, der zu einem breiten, wertschätzenden öffentlichen Diskurs auffordert, in dem sich alle Gruppen des Gemeinwesens Deutschland über die Wichtigkeit von rechtsstaatlichen und demokratischen Verfahren austauschen und verständigen könnten, um eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der Demokratie zu ermöglichen. Zu begrüßen wäre es  
200 auch, wenn in allen Bildungseinrichtungen noch einmal die Grundprinzipien eines demokratischen Staatswesens auch anhand historischer Erfahrungen und staatstheoretischer Vorstellungen erarbeitet, erläutert und sinnhaft erfasst würden.

Der vorliegende Antrag jedoch geht offensichtlich in eine ganz andere Richtung.

205 Bereits im ersten Absatz offenbart der Antragsteller seine eigentliche Sicht auf sich und auf die Bürger dieses Landes. Die Sorgen um die Demokratie in der Bevölkerung, die der Antragsteller offensichtlich auch wahrnimmt und nicht mehr glauben zu können, ordnet er in ein Wirklichkeitskonstrukt ein, das ihn, obwohl in Bund und vielen Ländern Regierungspartner, von jeglicher Verantwortung unberührt sein lässt. Da wird von „wechselnden Krisen“ gesprochen, welche die Menschen verunsichert hätten. Diese „Krisen“ sind aber nicht aus sich selbst heraus entstanden, sondern  
210 sind das Ergebnis politischen Handelns auch von Personen, die als SPD-Angehörige in Regierungsverantwortung stehen, nicht zuletzt der Bundeskanzler höchst selbst. Die Energiewende mit der Folge von rasant steigenden Energiepreisen und der Abwanderung von wichtiger Industrie, die unkontrollierte Masseneinwanderung von

---

<sup>14</sup> Alexis de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika*. Hrsg.: Jacob P. Mayer. Philipp Reclam, Ditzingen 2021, [ISBN 978-3-15-014189-2](#) (463 S., Originaltitel: *De la démocratie en Amérique*. Übersetzt von [Hans Zbinden](#)).

215 Menschen aus vorwiegend islamischen Kulturkreisen mit all den sozialen Folgen für  
die ansässige Bevölkerung, die Inflation, die planwirtschaftlichen Eingriffe des Staates  
in den freien Markt, die Kennzeichnung von unliebsamen Meinungen als „rechtsex-  
rem“: all das und noch viel mehr sind Entwicklungen, die aufgrund von politischen  
220 Entscheidungen angestoßen worden sind und möglicherweise sogar bewusst von den  
verantwortlichen Politikern in die Eskalation weitergetrieben werden.

Wie sehr die Antragsteller aber den Bürger in seinen Sorgen nicht ernst nehmen, zeigt  
die diagnostische Aussage, dass der Bürger wohl „verunsichert“ sei wegen der Krisen.  
Der Antragsteller offenbart mit dieser Formulierung wohl seine Vorstellung vom Bür-  
ger als hilflosen, unmündigen Untertanen, den eben Krisen „verunsichern“ wie etwa  
225 Menschen verunsichert werden, die Entwicklungen nicht durchschauen können. Die  
Bürger sind jedoch nicht unmündige, vom Staat zu betreuende Untertanen, sondern  
sie sind reflektierende Teilnehmer eines Gemeinwesens, die die Entscheidungen der  
Politiker und deren Auswirkungen beurteilen können und genau wissen, wem sie die  
Krisen und die zum Teil gravierende Verschlechterung ihrer Lebensumstände zu ver-  
230 danken haben. Mögen einige Bürger verunsichert sein. Der große Teil der Bürger, die  
nicht einverstanden sind mit der wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und po-  
litischen Entwicklung in diesem Land, sind enttäuscht, zornig, wütend oder auch em-  
pört über die Ignoranz derjenigen verantwortlichen Politiker, die ungeachtet der zer-  
störerischen Folgen ihre Politik nicht ändern wollen. Die Proteste der Landwirte in den  
235 letzten Monaten z.B. haben gezeigt, dass sich hier selbstbewusste, urteilsfähige Bürger  
zu Wort und Tat gemeldet haben, und nicht verunsicherte, handlungsunfähige Unter-  
tanen, wie es im vorliegenden SPD-Antrag suggeriert wird. Bereits die Demonstratio-  
nen gegen die Grundrechtseinschränkungen in der Coronazeit wurden nicht von ver-  
unsicherten Bürgern organisiert und veranstaltet, sondern von Bürgern, die sich selb-  
240 ständig sachkundig machten, sodass sie den Falschmeldungen über die Gefährlichkeit  
des Coronavirus und die Nützlichkeit der Grundrechtseinschränkungen faktenbasiert  
in Zweifel ziehen und das Regierungshandeln als falsch und unnötig beurteilen konn-  
ten.

So wie damals während der Proteste gegen die Grundrechtseinschränkungen in der  
245 Coronazeit die Kritiker ,wie oben ausgeführt, als Staatsfeinde diffamiert wurden, wen-  
det der vorliegende Antrag das gleiche Verfahren an, um die Kritiker des Regierungs-  
handelns zu desavouieren. Der Antrag erklärt die Kritiker des Regierungshandelns,  
die wiederum ein demokratisches Grundrecht wahrnehmen, ohne Beweise zu Grup-  
pen, „die nicht politische Entscheidungen kritisieren, sondern stattdessen den Staat,  
250 seine demokratischen Institutionen und den demokratischen Rechtsstaat ablehnen“.

Damit enthebt sich der Antragsteller jeder Form von Selbstkritik, sondern holt sich aus der massiven Kritik am gegenwärtigen Politikerversagen den Schwung, den man offensichtlich benötigt, um die politischen Gegner zu bekämpfen. Das offenbaren auch die Feststellungen im Beschlussteil des Antrags. So sind für die Antragsteller „Antisemitismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ die Problemfelder, die es zu bekämpfen gilt. Damit blendet der Antrag viele weitere Problemfelder aus, die für Unmut und Widerstand bei zahlreichen Bürgern sorgen. Verräterisch, worum es eigentlich geht, sind die Hinweise auf die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der die Autoren einen Zuwachs an „rechtsextremen und demokratiegefährdenden Einstellungen“ behaupten. Die Beispielpassage, mit der dies belegt werden soll, dass nämlich 30% der Befragten glauben, dass „Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachbezogenen Entscheidungen führe“, ist in keiner Weise geeignet, die Behauptung zu belegen. Das gleiche gilt für andere Aussagen, welche in der FES-Studie als Kennzeichnung für rechtsextreme Gesinnung eingeordnet wird.<sup>15</sup>

*Angesichts der vielen jüngeren Krisen wie der Pandemie, dem Ukrainekrieg, der Inflation, dem Klimawandel und anderen ungelösten Problemen äußern rund 42 % der Befragten Unsicherheit. Doch zur Frage, wie die Gesellschaft den Mehrfachkrisen begegnen soll, ist die Bevölkerung zwiegespalten: 53 % befürworten eine Rückbesinnung auf das Nationale, fordern eine Schließung nach außen und erachten vermeintlich deutsche Werte, Tugenden und Pflichten als wesentlich für den Umgang mit den Krisen. Dies geht mit einer höheren Zustimmung zu demokratiegefährdenden Einstellungen einher. Demgegenüber stehen rund drei Viertel der Befragten zu einer offenen Gesellschaft und sagen, es komme jetzt vor allem auf Zusammenhalt (79 %), Solidarität mit den Schwächsten (68,5 %) und auch darauf an, auf die Wissenschaft und Expert:innen zu hören (62 %). Diese Befragten haben wiederum deutlich seltener demokratiegefährdende und häufiger demokratiewahrende Einstellungen.*

An diesem Auszug aus der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird deutlich, wie völlig herkömmliche Meinungen zu Merkmalen einer rechtsextremen Gesinnung umgedeutet werden. Dieser Umdeutungsprozess von Begriffen aus dem gewöhnlichen Gebrauch zu Kennzeichen einer staatsfeindlichen Gesinnung findet seit Jahren statt und engt den Meinungskorridor immer weiter ein. Ein Beispiel aus jüngster Zeit sind die öffentlichen Verlautbarungen im Rahmen der Berichterstattung über eine angebliche Correctiv-Recherche. In allen Medien wurde unterstellt, dass der Begriff „Remigration“ in sogenannten „rechten Kreisen“ in verschlüsselter Form die rechtswidrige massenhafte Deportation von Ausländern aus Deutschland meint. Dies ist aber eine reine Unterstellung durch nichts bewiesen und durch nichts beweisbar. Unter „Remigration“ verstehen auch die beschuldigten Kreise lediglich die rechtmäßige Rückführung von Personen in ihre Heimat, die sich unrechtmäßig in Deutschland aufhalten. Das kann man auch nachlesen in den dementsprechenden Programmen und Schriften. In

<sup>15</sup> <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>, [Punkt: Menschfeindliche Einstellungen sind wieder auf hohem Niveau]

der im Anschluss an die von Correctiv losgetretene Kampagne gegen die AfD verstieg  
280 sich sogar der Bundespräsident zur Aussage von den „Rattenfängern“ der AfD.<sup>16</sup> Par-  
allel dazu läuft seit Jahren eine Verleumdungskampagne gegen die AfD als eine po-  
litische Kraft, die auf wichtigen Politikfeldern Gegenpositionen zur Politik der regie-  
renden Parteien vertritt und nach ihrem eigenen Verständnis Freiheit sowie Recht-  
staatlichkeit in Deutschland wieder herstellen und sichern will.<sup>17</sup> Die AfD musste von  
285 Anbeginn ihrer Gründung an Ausgrenzung aus der Teilhabe an politischen Prozessen  
erfahren, indem man der Partei insgesamt oder einzelnen Protagonisten der Partei  
menschenfeindliche und staatsfeindliche Ziele unterstellte und sie als Wiedergänger  
der nationalsozialistischen Partei diffamierte. Seit dem Einzug der AfD in die Parla-  
mente verweigert man ihr grundlegende Mitwirkungsrechte am parlamentarischen  
290 Betrieb. Eingebunden in diesen Ausgrenzungsprozess sind auch alle die Bürger, die  
sich mit Aussagen des AfD-Programms identifizieren oder die Kontakte mit Vertre-  
tern der Partei pflegen. Leute, die für die AfD kandidieren, dürfen zum Beispiel nicht  
mehr als Pfarrer oder für Kirchengemeinden arbeiten. Ein Arzt strich jemanden aus  
seiner Patientenliste, weil dieser in der Zeitung als AfD-Stadtrat zu sehen war, ein jun-  
295 ger Feuerwehrmann musste wegen seiner Mitgliedschaft in der AfD aus der Feuer-  
wehr ausscheiden.. Das ist eine völlig neue Dimension von Gesinnungs-Mobbing. Da-  
mit werden viele Andersdenkende so wieder „auf Linie“ gebracht.

Aufsehen erregte der Fall der Schülerin aus Mecklenburg-Vorpommern, die aufgrund  
einiger Posts im Internet von der Polizei in der Schule eine Gefährderansprache über  
300 sich ergehen lassen musste. Die 16 jährige hatte sich Sorgen darüber gemacht, was aus  
ihrer Generation wird in einem Staat, der ihre Generation „an den Jugendüberschuss  
der Dritten Welt“ ausliefere. Sie reflektierte, dass deutsche Kinder und Jugendliche in  
ihrer Altersgruppe zu einer Minderheit werden und machte sich Sorgen um ihre Zu-  
kunft.<sup>18</sup> Dieser Form von Gesinnungskontrolle soll nun durch ein sogenanntes „De-  
305 mokratiefördergesetz“ Gesetzeskraft erhalten. Den Zweck dieses Gesetzes erläuterten  
die Innenministerin Nancy Faeser und die Familienministerin Lisa Paus unter ande-  
rem mit den Aussagen: *„Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hass im Netz  
auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze vorkommt. Viele Feinde der Demokratie wissen ganz*

---

<sup>16</sup> „Wenn unsere Demokratie angegriffen wird, dann ist eine Grenze überschritten, bei der Gegensätze hinten anstehen. Dann muss die demokratische Mitte, die große Mehrheit unserer Gesellschaft, Position beziehen und deutlich machen: Wir stehen zu unserer Demokratie, wir verteidigen dieses Deutschland und wir lassen uns dieses Land nicht von extremistischen Rattenfängern\* kaputtmachen.“ <https://www.nordkurier.de/politik/rattenfaenger-wirbel-um-aussage-von-bundespraesident-steinmeier-2234587>

<sup>17</sup> [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611\\_AfD\\_Programm\\_2021.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf)  
<https://afd.nrw/wahlprogramm/>

<sup>18</sup> Junge Freiheit Nr. 15/24, 05. April 2024, S. 13

genau, was gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt." Oder eine weitere Aussage: „Die-  
310 jenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.“ Und:  
„Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hass im Netz auch unterhalb der Strafbar-  
keitsgrenze vorkommt.“<sup>19</sup> Der Leiter des Verfassungsschutzes Thomas Haldewang assis-  
tierte den Ministerinnen in einem Artikel der FAZ vom 02. April 2024 mit den Worten:  
„Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief.“ Diese Aussagen verdeutlichen sehr dras-  
315 tisch: Sollte dieser Gesetzesentwurf vom Bundestag verabschiedet werden und in  
Kraft treten, wird ein Grundpfeiler demokratischer Gemeinwesen, die Meinungsfrei-  
heit, seine Tragfähigkeit verlieren. Denn jede regierungskritische Aussage kann dann  
durch eine willkürliche Interpretation als staats- oder verfassungsfeindliche Äußerung  
definiert werden.

320 Der SPD-Antrag arbeitet exakt mit demselben Vokabular, wie wir es im Entwurf vom  
Demokratiefördergesetz oder in der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung finden  
können. Dass jeder Bürger jede Form von Antisemitismus, Rechtsextremismus und  
gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekämpfen muss, ist selbstverständlich.  
Decodiert man jedoch die Begrifflichkeit im Feststellungs- und Forderungsteil des An-  
325 trags, so wird offensichtlich, dass dieser Antrag nichts weiter ist als ein weiteres Ele-  
ment des Kampfes der SPD gegen die AfD, den man nun in die Schulen tragen soll.  
Nun kann man nichts dagegen haben, wenn eine Partei ihren politischen Konkurrenten  
politisch bekämpft. Dieser Kampf muss aber argumentativ ohne Diffamierungsbe-  
gleitung erfolgen, darf aber auf keinen Fall in die Schulen getragen werden, für die  
330 immer noch der Beutelsbacher-Konsens<sup>20</sup> gilt. Und so erinnert der Antrag mit seiner  
Forderung, auch in den Schulen die Vorstellungen vom Rechtsextremismus zu ver-  
künden, wie er durch die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Entwurf  
des sogenannten „Demokratiefördergesetzes“ definiert wird, doch fatal an eine  
Taktik, die der Bösewicht Jago in Shakespears Drama Othello so beschreibt: „Höllische  
335 Theologie: Wenn Teufel ärgste Sünde fördern wollen, so locken sie zuerst durch from-  
men Schein.“<sup>21</sup>



---

<sup>19</sup><https://www.zeit.de/2024/09/demokratiefordergesetz-nancy-faeser-lisa-paus-rechtsextremismus/komplettansicht>

<sup>20</sup><https://www.bpb.de/lernen/inklusiv-politisch-bilden/505269/der-beutelsbacher-konsens/>

<sup>21</sup> William Shakespeare, Othello, II,3. In: William Shakespeare, Gesammelte Werke, Lechner Publishing Ltd. Li-  
massol 1998, S.270